

TU-Verteiler 3  
Abteilung 36 (40 Ex)

Nr. 340  
31.01.2005

Aushang

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technischen Universität  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

Redaktion:  
TU-Abteilung 36-  
Pockelsstraße 14  
38106 Braunschweig  
Tel. 0531/391-4328  
Fax 0531/391-4300

### Neufassung der Grundordnung der Technischen Universität Braunschweig

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat die vom Senat der TU Braunschweig in seinen Sitzungen am 15. Dezember 2004 und 19. Januar 2005 beschlossene Neufassung der Grundordnung am 24. Januar 2005 gemäß § 51 Abs. 3 Satz 1 und 2 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 3 NHG genehmigt.

Die Neufassung der Grundordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 01. Februar 2005, in Kraft.



## **Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig**

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Hochschulreform in Niedersachsen (Hochschulreformgesetz) vom 24. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 286) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Senat mit Beschlüssen vom 15.12.2004 und 19.01.2005 die Vorläufige Grundordnung vom 23.10.2002 geändert und die nachstehende Neufassung der Grundordnung beschlossen.

### **§ 1**

#### **Name, Rechtsstellung und Dienstsiegel der Technischen Universität**

- (1) Die Universität trägt den Namen "Technische Universität Braunschweig". Sie führt zusätzlich die historische Bezeichnung "Carolo-Wilhelmina". Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht zur Selbstverwaltung. Sie erfüllt als Hochschule in Trägerschaft des Staates staatliche Angelegenheiten als Einrichtung des Landes Niedersachsen. Die Technische Universität Braunschweig ist ein Landesbetrieb gemäß § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO). Sie führt das Landessiegel.
- (2) Die Technische Universität Braunschweig hat das Recht der Promotion, der Habilitation und der Verleihung akademischer Grade und Ehrentitel.
- (3) Die Technische Universität Braunschweig führt in Selbstverwaltungsangelegenheiten ein eigenes Siegel mit folgendem Emblem:  
"Senkrecht geteiltes Oval mit zwei übereinander angeordneten schreitenden Leoparden im linken Feld und einem aufrecht stehenden Löwen im rechten Feld, das mit acht Herzen verziert ist. Die Umschrift des Siegels enthält den Namen und die historische Bezeichnung nach Absatz 1."

### **§ 2**

#### **Aufgaben**

- (1) Die Technische Universität Braunschweig hat die Aufgabe, Wissenschaft und Kunst in freier Forschung, freier Lehre und freiem Studium zu pflegen. Sie versteht sich als eine Gemeinschaft von Personen, die im Bewusstsein der Verantwortung vor Verfassung und Gesellschaft forschen, lehren und lernen.
- (2) Im Rahmen ihrer Aufgaben dient die Technische Universität Braunschweig der Pflege und der Entwicklung der naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Disziplinen in Forschung, Lehre und Studium. Sie trägt zur Bildung ihrer Mitglieder und Angehörigen bei.
- (3) Die Technische Universität Braunschweig pflegt auch das weiterführende Studium und beteiligt sich an Veranstaltungen der Weiterbildung. Sie fördert die Weiterbildung ihrer Mitglieder.
- (4) Die Technische Universität Braunschweig schafft die Voraussetzungen für eine angemessene kulturelle und sportliche Betätigung ihrer Mitglieder und Angehörigen, sowie für die Entwicklung von deren studien- und berufsbezogener fremdsprachlicher Kompetenz. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender.

- (5) Die Technische Universität Braunschweig trägt gem. § 3 Absatz 3 NHG bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei und ergreift wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Nachteilen, die für Frauen bestehen sowie zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung.
- (6) Weitere Aufgaben der Technischen Universität ergeben sich aus § 3 NHG.

### § 3 Universitätsleitung

- (1) Die Technische Universität Braunschweig wird von einem Präsidium in eigener Verantwortung geleitet. Dem Präsidium gehören neben der Präsidentin oder dem Präsidenten eine hauptamtliche Vizepräsidentin oder ein hauptamtlicher Vizepräsident sowie drei nebenamtliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten an. Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Technische Universität Braunschweig nach außen, führt den Vorsitz im Präsidium und legt die Richtlinien für das Präsidium fest. Die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten nach Absatz 1 nehmen ihre Aufgaben selbstständig wahr.
- (2) Die Mitglieder des Präsidiums treffen regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Der Senat ist in geeigneter Weise über die Beschlüsse des Präsidiums zu informieren. Das Präsidium gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident wird von den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten vertreten. Während der Dauer der Stellvertretung haben die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten mit Ausnahme von hauptamtlich wahrzunehmenden Aufgaben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Präsidentin oder der Präsident. Die Personalverwaltung und die Finanzverwaltung sind im Präsidium hauptamtlich wahrzunehmen; Näheres regelt die Geschäftsordnung des Präsidiums. Soweit Aufgaben nicht hauptamtlich wahrzunehmen sind, wird die Präsidentin oder der Präsident, falls auch die übrigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten verhindert sind, von der oder dem dienstältesten Dekanin bzw. Dekan einer Fakultät vertreten.
- (4) Die Präsidentin oder der Präsident wird auf Vorschlag des Senats ernannt oder bestellt. Der Senat richtet zur Vorbereitung des Vorschlages eine Findungskommission ein, die zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Hochschule sowie des Hochschulrats zusammengesetzt ist. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nimmt mit beratender Stimme teil. Der Senat beschließt den Vorschlag. Eine Ordnung regelt das Nähere zum Verfahren. Die Amtsdauer der Präsidentin oder des Präsidenten beträgt bei der erstmaligen Ernennung oder erstmaligen Bestellung sechs Jahre und bei Wiederwahl acht Jahre.
- (5) Die Regelungen in Absatz 4 (Sätze 1 – 5) gelten entsprechend für die Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten mit der Maßgabe, dass der Vorschlag der Findungskommission im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten erfolgt. Die Amtszeit für hauptamtliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten beträgt sechs und bei Wiederwahl acht Jahre, für andere Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten zwei Jahre; Wiederwahl ist zulässig. Die Wahlen sollen so erfolgen, dass sich die Amtszeiten jeweils überschneiden. Die Amtszeit für zwei der nebenamtlichen Vizepräsidentenämter beginnt jeweils am 1. Oktober und endet mit Ablauf des 30. September des übernächsten Jahres. Die Amtszeit des dritten nebenamtlichen Vizepräsidentenamtes beginnt jeweils am 1. April und endet mit Ablauf des 31. März des übernächsten Jahres.
- (6) Senatskommissionen arbeiten als beratende Gremien dem Präsidium und dem Senat zu. Die Mitglieder werden von ihren jeweiligen Gruppen im Senat vorgeschlagen und vom

Präsidium für die Dauer der Amtsperiode des Senats bestellt. Senatskommissionen tagen mindestens einmal im Jahr.

- (7) Im Übrigen gelten die §§ 37, 38, 39, 40 NHG.

#### **§ 4 Senat**

- (1) Der Senat besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern, die nach Gruppen direkt gewählt werden.
- (2) Dem Senat gehören mit beratender Stimme an: die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Dekaninnen oder Dekane der Fakultäten sowie die Gleichstellungsbeauftragte.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident beruft die Senatssitzungen ein und führt ohne Stimmrecht den Vorsitz.

#### **§ 5 Hochschulrat**

An der Technischen Universität Braunschweig ist als besonderes Organ der Hochschule ein Hochschulrat eingerichtet, der die Aufgaben nach § 52 NHG wahrnimmt. Der Hochschulrat besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern, von denen mindestens drei Frauen sein sollen. Der Senat bestellt vier, das Fachministerium drei Mitglieder des Hochschulrates, die nicht Mitglieder der Hochschule sein dürfen. Der Beschluss des Senats bedarf der Mehrheit seiner Mitglieder für jedes zu bestellende Mitglied des Hochschulrates. Der für diesen Beschluss zuständige Senat legt rechtzeitig Regelungen zum Verfahren der Bestellung mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder fest. Die Amtszeit der Mitglieder des Hochschulrates beträgt vier Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

#### **§ 6 Fakultäten**

- (1) Die Fakultät ist die organisatorische Grundeinheit der Technischen Universität Braunschweig. Eine Fakultät soll verwandte und benachbarte Fachgebiete umfassen.
- (2) Über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Fakultäten entscheidet das Präsidium nach Anhörung der beteiligten Fakultäten und nach Stellungnahme des Senats.
- (3) Das Dekanat leitet die Fakultät und nimmt insbesondere die Aufgaben gem. § 43 NHG wahr. Ihm gehören neben der Dekanin oder dem Dekan mindestens eine Studiendekanin oder ein Studiendekan an. Dem Dekanat können bis zu drei weitere Mitglieder aus allen Statusgruppen angehören; die Mehrheit der Hochschullehrergruppe ist zu gewährleisten. Der zuständige Fakultätsrat legt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder für jede Amtszeit die Anzahl der Mitglieder des Dekanats fest und wählt dessen Mitglieder mit einfacher Mehrheit. Die Amtszeit des Dekanats beträgt zwei Jahre. § 3 Absatz 2 gilt entsprechend. Bei Beschlüssen, die den Verantwortungsbereich der Studiendekanin oder des Studiendekans betreffen, gibt ihre oder seine Stimme bei Stimmengleichheit den Ausschlag, in allen übrigen Angelegenheiten die der Dekanin oder des Dekans.

- (4) Die Dekanin oder der Dekan sitzt dem Dekanat vor, vertritt die Fakultät innerhalb der Hochschule und legt die Richtlinien für das Dekanat fest. Die Wahl der Dekanin oder des Dekans bedarf der Bestätigung des Präsidiums. Als Dekanin oder als Dekan ist eine Professorin oder ein Professor der Fakultät wählbar. Die Dekanin oder der Dekan kann auf Antrag und mit Zustimmung des Fakultätsrats vom Präsidium für die Dauer der Amtszeit von den dienstlichen Aufgaben als Professorin oder als Professor ganz oder teilweise freigestellt werden.
- (5) Die Dekanin oder der Dekan der Fakultät wird von den Amtsvorgängerinnen oder Amtsvorgängern in rücklaufender Reihenfolge vertreten, sofern diese dem Gremium angehören. Gehört keine der Amtsvorgängerinnen oder keiner der Amtsvorgänger dem Fakultätsrat an, so obliegt die Vertretung den übrigen Professorinnen oder Professoren des Fakultätsrats in der Reihenfolge des Dienstalters. Vertritt ein Mitglied des Fakultätsrats die Dekanin oder den Dekan, so hat es im Fakultätsrat kein Stimmrecht.
- (6) Der Fakultätsrat nimmt insbesondere die Aufgaben nach § 44 NHG wahr und ist auch für den Beschluss von Ordnungen zuständig, die das Studium und die Weiterqualifikation betreffen (insbesondere Prüfungs-, Zulassungs- und Gebührenordnungen). Ihm gehören 13 Mitglieder mit Stimmrecht an. Sie werden nach Gruppen unter Wahrung der Mehrheit der Hochschullehrergruppe im Verhältnis 7:2:2:2 direkt gewählt. Die Dekanin oder der Dekan führt ohne Stimmrecht den Vorsitz.
- (7) Im Übrigen gelten die §§ 43 und 44 NHG.

## § 7

### Studienkommission, Studiendekanin oder Studiendekan

- (1) Die Hochschule richtet in jeder Fakultät mindestens eine Studienkommission ein, der neben den Vertretern der Studierenden auch Vertreter der anderen Statusgruppen angehören, die Mitglieder der MTV – Gruppe haben in der Studienkommission kein Stimmrecht. Bei Fakultäten mit inhaltlich sehr unterschiedlichen Studiengängen können mehrere Studienkommissionen eingerichtet werden. Das für die Lehre zuständige Mitglied des Präsidiums bestimmt nach Vorschlag der betreffenden Fakultät die Zahl und Größe der Studienkommissionen, ihre Zuständigkeiten für einzelne Studiengänge und ihre Zuordnung zu einer oder mehreren Fakultäten. Die Mitglieder der Studienkommission werden von der Mitgliedergruppe des Fakultätsrats der Fakultät gewählt, dem die Studienkommission zugeordnet ist. Bei fakultätsübergreifenden Studienkommissionen wird das Wahlverfahren in einer Ordnung geregelt.
- (2) Die Studiendekanin oder der Studiendekan ist verantwortlich für die Sicherstellung des Lehrangebotes und der Studienberatung sowie für die Durchführung der Prüfungen. Sie oder er führt ohne Stimmrecht den Vorsitz einer Studienkommission. Die Studiendekanin oder der Studiendekan sowie mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Studienkommission von dem betreffenden Fakultätsrat, dem die Studienkommission zugeordnet ist, gewählt. Ist eine Studienkommission mehreren Fakultäten zugeordnet, bestimmt das für die Lehre zuständige Präsidiumsmitglied nach Vorschlag der Studienkommission, welche Studiendekanin oder welcher Studiendekan den Vorsitz führt. Als Studiendekanin oder als Studiendekan bzw. als deren Stellvertreterin oder dessen Stellvertreter sind Mitglieder der Hochschullehrergruppe oder der Mitarbeitergruppe wählbar.
- (3) Die Studienkommission und die Studiendekanin oder der Studiendekan nehmen ihre Aufgaben gemäß § 45 NHG wahr.

## § 8

### Wissenschaftliche und zentrale Einrichtungen

- (1) Die Fakultäten gliedern sich in Institute oder Seminare, die soweit zweckmäßig, als Zusammenschluss von Forschungs- und Lehrgebieten zu errichten sind und insbesondere in Abteilungen gegliedert werden können. Änderungen, die die Gliederung einer Fakultät betreffen, beschließt das Präsidium auf Vorschlag des jeweiligen Dekanats.
- (2) Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen obliegt einem Vorstand, der in der Regel aus drei Mitgliedern der Hochschullehrergruppe besteht. Dem Vorstand können zusätzlich je ein Mitglied der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe mit Stimmrecht angehören. Der zuständige Fakultätsrat legt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder in einer Ordnung die Anzahl und Gruppenzugehörigkeit der zusätzlichen Mitglieder der einzelnen Institutsvorstände fest. Das Stimmrecht der zusätzlichen Mitglieder ruht, sofern dem Vorstand weniger als drei Hochschullehrer angehören. Die Geschäftsführung obliegt einem Mitglied der Hochschullehrergruppe. Die Vorstandsmitglieder werden von den Vertreterinnen und Vertretern der an der wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Angehörigen ihrer Gruppe gewählt. Die übrigen Angehörigen der Hochschullehrergruppe sowie gewählte Angehörige der anderen Statusgruppen können an den Sitzungen des Vorstandes beratend teilnehmen.
- (3) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, die der gesamten Technischen Universität dienen, sind als zentrale Einrichtungen zu errichten und zu verwalten. Die zentralen Einrichtungen sind dem Präsidium zugeordnet. Näheres zu den Aufgaben, der Organisation und der Benutzung regelt der Senat durch Ordnungen.
- (4) Ergänzend gelten die Regelungen in Anlage 1.

## § 9

### Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung

- (1) Aus dem Kreis aller Hochschulfrauen wird eine Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung (KFG) gebildet.
- (2) Die KFG setzt sich aus je zwei Vertreterinnen der einzelnen Mitgliedergruppen zusammen. Die Mitglieder werden nach den für die Organe und Gremien geltenden Grundsätzen unmittelbar gewählt und anschließend vom Senat eingesetzt.
- (3) Die Wahl wird mit den Wahlen zum Senat und zu den Fakultätsräten verbunden. Der Hochschulwahlausschuss ist gleichzeitig Wahlausschuss für die Wahl der KFG. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder der KFG beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Mitglieder beträgt zwei Jahre.
- (4) Die KFG gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Die KFG vertritt alle weiblichen Mitglieder und Angehörigen der Technischen Universität Braunschweig. Sie erarbeitet insbesondere für die Leitung der Hochschule und den Senat Vorschläge für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 Abs. 3 NHG
- (6) Zu den Aufgaben der KFG gehören insbesondere:
  - die Auswahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten
  - die Beratung und Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten
  - die Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichtes der Gleichstellungsbeauftragten.

Des Weiteren achtet die KFG auf die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlverfahren für die dezentralen Gleichstellungsbeauftragten und bestätigt diese.

- (7) Die KFG entwirft den Frauenförderplan als Teil der Entwicklungsplanung der Technischen Universität Braunschweig. Hierbei sind nach Anhörung der betroffenen zentralen Einrichtungen, Fakultäten oder wissenschaftlichen Einrichtungen Festlegungen insbesondere über die Ausgabemittel, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und anderen Stellen, die vorrangig der Verwirklichung der Aufgabe nach § 3 Abs. 3 NHG gewidmet sind, vorzusehen. Der Frauenförderplan wird vom Senat im Einvernehmen mit dem Präsidium beschlossen.

## **§ 10**

### **Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte**

- (1) Der Senat wählt auf Vorschlag der Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung eine hauptberufliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (Gleichstellungsbeauftragte). Das Präsidium schreibt im Einvernehmen mit der Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung die Stelle öffentlich aus. Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten beträgt 4 Jahre. Die Aufgaben sowie die Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten ergeben sich aus § 42 NHG. Zur Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben steht der Gleichstellungsbeauftragten ein Gleichstellungsbüro zur Verfügung, das von ihr geleitet wird.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat gegenüber dem Präsidium ein Vortragsrecht. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sie an den Sitzungen anderer Organe, Gremien und Kommissionen mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen. Sie ist wie ein Mitglied zu laden und zu informieren und insbesondere bei Personalmaßnahmen rechtzeitig und umfassend zu beteiligen. Die Gleichstellungsbeauftragte kann Bewerbungsunterlagen einsehen. Sie ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (3) Fakultäten und andere Organisationseinheiten können nebenamtliche dezentrale Gleichstellungsbeauftragte auf Grund eines Vorschlags der weiblichen Mitglieder der Fakultät oder der Organisationseinheit wählen. Die dezentralen Gleichstellungsbeauftragten sollen auf Antrag angemessen entlastet werden. Die Amtszeit der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten beträgt 2 Jahre, für Studentinnen 1 Jahr. Die Gleichstellungsbeauftragten der Technischen Universität Braunschweig koordinieren gemäß § 42 Abs. 5 Satz 4 NHG ihre Arbeit im Rat der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

## **§ 11**

### **Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung**

- (1) Die Mitglieder der Technischen Universität Braunschweig haben das Recht und die Pflicht, nach Maßgabe des NHG und dieser Ordnung an der Erfüllung der Aufgaben der Technischen Universität und an der Selbstverwaltung mitzuwirken. Mitglieder, die als solche in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, erfüllen diese Pflicht zugleich als eine ihnen dienstlich obliegende Aufgabe.
- (2) Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden (z.B. besondere Belastungen oder Einschränkungen im persönlichen Bereich, mehrmalige Wahrnehmung vergleichbarer Funktionen in der Selbstverwaltung, außergewöhnliche Belastung durch laufende Forschungsvorhaben).
- (3) Für einen Rücktritt aus einem Amt gilt Absatz 2 entsprechend.



- (4) Mitglieder der Hochschullehrergruppe, der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe können sich zur Regelung ihrer Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Technischen Universität und zur Vertretung ihrer hochschulbezogenen Interessen organisieren. Beschlüsse dieser Organisationen haben keinen Bindungscharakter für Mitglieder von Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Wird von den jeweiligen Gruppen eine Geschäftsordnung beschlossen, so ist diese der Präsidentin oder dem Präsidenten zur Kenntnis zu geben.
- (5) Die Mitglieder der Gruppe der Studierenden sind außerdem in den Organen der Studierendenschaft organisiert. Im Übrigen gelten die §§ 20 und 37 Abs. 3 NHG.
- (6) Mitglieder der Technischen Universität Braunschweig sind die an der Universität nicht nur vorübergehend oder gastweise hauptberuflich Tätigen, die eingeschriebenen Studierenden sowie die Doktorandinnen und Doktoranden (§ 16 Abs. 1 NHG) und die in § 16 Abs. 1 Satz 4 und § 29 Satz 1 NHG genannten Personen:  
Angehörige der Technischen Universität Braunschweig sind nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 NHG:
  1. die im Ruhestand befindlichen sowie die entpflichteten Professorinnen und Professoren,
  2. die hauptberuflich, jedoch innerhalb eines Jahres weniger als sechs Monate an der Hochschule Tätigen,
  3. die nebenamtlich oder nebenberuflich an der Hochschule Tätigen,
  4. die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren,
  5. die Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler,
  6. die Lehrbeauftragten,
  7. die Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie die außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren,
  8. die Habilitanden,
  9. die Ehrensenatorinnen und Ehrensenatoren sowie die Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger,
  10. die Gasthörerinnen und Gasthörer,
  11. die Personen, die sich in einer mit der Hochschule verbundenen öffentlich-rechtlichen Einrichtung in einem Ausbildungsverhältnis befinden,
  12. die in einem Sonderforschungsbereich selbstständig wissenschaftlich Tätigen,
  13. die mit Zustimmung des zuständigen Organs in der Hochschule Tätigen,
  14. die Mitglieder des Hochschulrates.

Die Organe der Technischen Universität Braunschweig können für ihren Zuständigkeitsbereich Angehörigen in begründeten Einzelfällen das Recht zur Mitwirkung an der Selbstverwaltung und der Erfüllung von Hochschuleaufgaben einräumen, soweit die Bereitschaft besteht, damit verbundene Verpflichtungen zu übernehmen. Im Falle der Mitwirkung gelten für Angehörige die Rechte und Pflichten der Mitglieder entsprechend.

- (7) Die regelmäßige Amtszeit in den Organen, in den Kommissionen und den sonstigen Gremien beträgt zwei Jahre, die Amtszeit der Vertretung der Studierenden beträgt ein Jahr. Im Übrigen gelten zur Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung und zur Rechtsstellung von Mitgliedern in Gremien die Regelungen in der Anlage 2.
- (8) Wahlen erfolgen in freier, gleicher und geheimer Wahl und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl. Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sollen Frauen zu einem Anteil von mindestens 50 vom Hundert berücksichtigt werden. Näheres regelt die Wahlordnung.

- (9) Bei Besetzungen von Organen, Gremien und Kommissionen, die nicht aufgrund einer Wahl erfolgen, sollen Frauen angemessen berücksichtigt werden. Mindestens 40 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder sollen Frauen sein.

## **§ 12**

### **Nutzung von Hochschuleinrichtungen**

Die Mitglieder und Angehörigen sowie im Ruhestand befindliche, ehemalige Mitglieder haben das Recht, alle Einrichtungen der Technischen Universität Braunschweig im Rahmen der Benutzungsordnungen zu benutzen.

## **§ 13**

### **Verfahren zur Erstellung von Berufungsvorschlägen**

- (1) Professuren sind gemäß § 26 Abs. 1 NHG öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibung muss die Bezeichnung der Stelle, den Aufgabenbereich, die geforderten Einstellungsvoraussetzungen und den Zeitpunkt der Besetzung enthalten.
- (2) Der Vorschlag zur Besetzung von Professorenstellen (Berufungsvorschlag) wird von einer Berufungskommission vorbereitet, die vom Fakultätsrat gebildet wird. Ihre Amtszeit wird durch das Ende der Amtszeit der Mitglieder des Fakultätsrats nicht berührt. Die Berufungskommission besteht aus
  1. drei stimmberechtigten Mitgliedern der Hochschullehrergruppe,
  2. je einem stimmberechtigtem Mitglied
    - a) der Studierendengruppe,
    - b) der Mitarbeitergruppe,
  3. einem Mitglied der MTV-Gruppe (mit beratender Stimme).

Mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder müssen Frauen sein, eine davon soll der Hochschullehrergruppe angehören; das Präsidium kann hiervon im Einvernehmen mit der Gleichstellungsbeauftragten eine Ausnahme zulassen.

Der Fakultätsrat kann beschließen, dass die Zahl der Mitglieder der Berufungskommission gegenüber der Regelung der Sätze 3 und 4 verdoppelt wird. Niemand darf einer Berufungskommission angehören, die Vorschläge über seine eigene Nachfolge zu machen hat. Das Mitglied der MTV-Gruppe wird in der Berufungskommission beratend tätig. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des den Vorsitz führenden Mitglieds den Ausschlag.

- (3) In jeder Berufungskommission muss mindestens ein auswärtiges Mitglied mitwirken, das einer anderen Hochschule oder fachlich verwandten Forschungseinrichtung angehört oder über einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen aus der beruflichen Praxis verfügt. Sofern die oder der Auswärtige stimmberechtigt mitwirkt, gehört sie oder er je nach Qualifikation der Hochschullehrergruppe oder der Mitarbeitergruppe gemäß Absatz 2 Satz 3 an. Berührt das Fachgebiet der zu besetzenden Stelle das Fachgebiet einer anderen Fakultät, so soll diese bei der Erstellung des Berufungsvorschlags beteiligt werden. Die Beteiligung kann durch Aufnahme von stimmberechtigten Mitgliedern in die Berufungskommission oder durch Hinzuziehung von Beratern der betroffenen Fakultät erfolgen, über deren Nominierung diese entscheidet.
- (4) Beschlüsse der Berufungskommission bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe. Kommt danach ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so ge-

nügt für die Entscheidung die Mehrheit der Hochschullehrergruppe. Die Mehrheit des Gremiums ist in diesem Fall berechtigt, ihren Vorschlag als weiteren Berufungsvorschlag vorzulegen. Daneben ist jedes Mitglied berechtigt, einen Minderheitenvorschlag vorzulegen.

- (5) Der Berufungsvorschlag wird dem Fakultätsrat vorgelegt und nach dessen zustimmender Beschlussfassung dem Senat zur Stellungnahme zugeleitet. Der Berufungsvorschlag kann vom Senat zur erneuten Beschlussfassung an die Fakultät zurückverwiesen werden. Die Zurückverweisung ist zu begründen. Die Zurückverweisung eines Berufungsvorschlags ist nur einmal möglich.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragte hat das Recht, am Verfahren zur Erstellung von Berufungsvorschlägen gemäß § 10 Abs. 2 mitzuwirken.
- (7) Das Präsidium entscheidet abschließend über den Berufungsvorschlag und leitet ihn mit den vorliegenden Stellungnahmen und einer eigenen Stellungnahme an das Ministerium weiter oder verweist ihn an die Fakultät zur erneuten Beratung zurück. Der Berufungsvorschlag ist vom Präsidium zurückzuverweisen, wenn die Gleichstellungsbeauftragte eine Verletzung des Gleichstellungsauftrags geltend macht; in derselben Berufungsangelegenheit kann eine Verletzung des Gleichstellungsauftrags nur einmal geltend gemacht werden.
- (8) Dem Berufungsvorschlag sind alle auf die Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen und die gemäß § 26 Abs. 3 Sätze 1 und 2 NHG erstellte Begründung sowie eingeholte Gutachten und sonstige Unterlagen beizufügen.
- (9) Zur Förderung der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre zwischen der TU Braunschweig und einer Forschungseinrichtung außerhalb des Hochschulbereichs können gemeinsame Berufungsverfahren vereinbart werden. In den Vereinbarungen kann geregelt werden, dass
  1. in bestimmten Berufungskommissionen auch die Forschungseinrichtung vertreten ist,
  2. die Zusammensetzung dieser Berufungskommission von Absatz 2 Sätze 3 und 6 abweicht; dabei muss gewährleistet sein, dass die Mitglieder der Hochschullehrergruppe zusammen mit den ihnen nach Funktion und Qualifikation gleichgestellten Angehörigen der Forschungseinrichtungen über die Mehrheit der Sitze verfügen,
  3. der Berufungsvorschlag weniger als drei Namen enthält.

Die vorstehenden Regelungen gelten bei der Besetzung von Stiftungsprofessuren entsprechend.

- (10) Jede neu ernannte Professorin oder jeder neu ernannte Professor ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach der Ernennung eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten.
- (11) Für das Auswahlverfahren für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren gelten die Absätze 1, 2, 4 und 5 bis 10 entsprechend.

## § 14

### Honorarprofessoren, Ehrensenatoren, Ehrenbürger und Ehrendoktoren

- (1) An der Technischen Universität Braunschweig können Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren gemäß § 35 Abs. 1 NHG vom Präsidium auf Vorschlag der Fakultät und nach Stellungnahme des Senats bestellt werden. Das Nähere regelt eine Ordnung.

- (2) Der Senat bestimmt durch eine Ehrungsordnung die Voraussetzungen für die Verleihung der Würde einer Ehrensensatorin oder eines Ehrensensators bzw. einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers und regelt das Verfahren und die Mitwirkung der Fakultäten.
- (3) Die Ehrendoktorwürde wird von den Fakultäten mit Zustimmung des Senats verliehen. Näheres regeln die Promotionsordnungen der Fakultäten.

## **§ 15**

### **Hochschulentwicklungsplanung**

Zur Aufstellung und Fortschreibung der Entwicklungsplanung der Technischen Universität Braunschweig werden vom Präsidium Vorschläge entworfen, die unter Beteiligung der Fakultäten beraten und vom Senat gemäß § 41 Abs. 2 NHG im Einvernehmen mit dem Präsidium beschlossen werden. Zur Hochschulentwicklungsplanung gehört auch die Aufstellung eines Frauenförderplans. Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei der Entwicklungsplanung sowie bei der Erstellung des Frauenförderplans mit.

## **§ 16**

### **Hochschulöffentliche Bekanntmachungen**

Die hochschulöffentliche Bekanntmachung der von den Organen der Technischen Universität Braunschweig sowie den Fakultäten erlassenen Satzungen und Ordnungen erfolgt durch das Verkündungsblatt "Amtliche Bekanntmachungen der Technischen Universität Braunschweig".

## **§ 17**

### **Beschlüsse**

Die Ordnungen der Technischen Universität Braunschweig (zum Beispiel Habilitations-, Promotions- oder Prüfungsordnungen, Geschäftsordnungen) können qualifizierte Mehrheitsentscheidungen vorsehen. Beschlüsse können im Ausnahmefall auch im Umlaufverfahren gefasst werden; Näheres regeln die jeweiligen Geschäftsordnungen der Gremien. Im Übrigen gelten die Regelungen in Anlage 3.

## **§ 18**

### **Übergangsregelung, Bestandteile der Grundordnung**

- (1) Die Technische Universität Braunschweig ist bei In-Kraft-Treten dieser Grundordnung abweichend von § 6 noch in „Fachbereiche“ und Gemeinsame Fakultäten untergliedert. Hierzu werden folgende Übergangsregelungen getroffen:
  1. Spätestens bis Ende des Jahres 2006 ist, soweit keine anderen Organisationseinheiten beschlossen werden, eine Umbenennung der Fachbereiche in „Fakultäten“ vorzunehmen. In der Übergangszeit gelten für Fachbereiche die in der Grundordnung enthaltenen Regelungen für Fakultäten.
  2. Zum Ende des Wintersemesters 2004/2005 (31.03.2005) werden die Gemeinsamen Fakultäten aufgehoben. Bis dahin nehmen sie die sich aus Anlage 4 ergebenden Aufgaben weiterhin anstelle der ihnen zugeordneten Fachbereiche bzw. Fakultäten

wahr. Danach fallen diese Aufgaben in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Fakultäten.

(2) Die Amtszeit des gemäß § 72 Abs. 1 NHG gewählten Senats endet am 31. März 2005.

(3) Die nachstehend aufgeführten Anlagen sind Bestandteile der Grundordnung:

Anlage 1: Wissenschaftliche und zentrale Einrichtungen

Anlage 2: Mitwirkungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung

Anlage 3: Beschlüsse

Anlage 4: Gemeinsame Fakultät

### **§ 19**

#### **In-Kraft-Treten der Grundordnung**

Diese Grundordnung tritt nach Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vorläufige Grundordnung vom 23.10.2002 außer Kraft.



## **Anlage 1 - Wissenschaftliche und zentrale Einrichtungen**

*(Diese Anlage enthält – in angepasster Form – die Regelungen der §§ 111, 112, 113 und 115 bis 119 NHG in der bis zum 30.09.2002 gültigen Fassung.)*

### **1. Wissenschaftliche Einrichtungen der Fakultäten**

(1) Unter der Verantwortung einer Fakultät können wissenschaftliche Einrichtungen (Institute, Seminare) errichtet und betrieben werden, soweit und solange für die Durchführung einer Aufgabe in größerem Umfang Personal- und Sachmittel der Fakultät ständig bereitgestellt werden müssen. Ein Errichtungsbeschluss, den das Präsidium auf Vorschlag des Dekanats fasst, bestimmt die Aufgaben der wissenschaftlichen Einrichtung und bezeichnet ihre Ausstattung.

(2) Bei der Errichtung sind der Umfang und die fachliche Zusammengehörigkeit der Arbeitsgebiete, der Umfang der Daueraufgaben und die dafür nötige Grundausstattung an Personal, Räumen sowie Werkstatt- und Geräteausrüstung zu berücksichtigen. Einer wissenschaftlichen Einrichtung müssen mindestens drei Planstellen für Professorinnen und Professoren zugeordnet oder zugeteilt sein; das Präsidium kann hiervon auf Antrag der Fakultät eine Ausnahme zulassen, wenn die Forschungs- und Lehraufgaben eines Fachs anderenfalls in einer wissenschaftlichen Einrichtung nicht angemessen wahrgenommen werden können. Der Antrag ist vom Dekanat zu stellen.

(3) Die an der wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Angehörigen der Hochschullehrergruppe wählen aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands die geschäftsführende Leitung (Direktorin oder Direktor). Eine Wiederwahl in unmittelbarer Folge bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Vertretung obliegt den übrigen stimmberechtigten Angehörigen der Hochschullehrergruppe in der Reihenfolge des Dienstalters. Die Direktorin oder der Direktor ist die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Vorstands.

(4) Unter dem Vorsitz der geschäftsführenden Leitung beraten die in der wissenschaftlichen Einrichtung Tätigen mindestens einmal im Semester über den Arbeitsplan und dessen Durchführung.

(5) Gehören einer wissenschaftlichen Einrichtung nicht mehr als drei Angehörige der Hochschullehrergruppe an, so bilden diese den Vorstand. Besteht der Vorstand aus zwei Angehörigen der Hochschullehrergruppe, so obliegt diesen das Amt der geschäftsführenden Leitung jeweils im Wechsel für eine Amtszeit von zwei Jahren, es sei denn, sie einigen sich auf eine weitere Amtszeit der bisherigen geschäftsführenden Leitung. Bei Beschlüssen des Vorstands gibt im Fall der Stimmengleichheit die Stimme der Direktorin oder des Direktors den Ausschlag.

(6) Der Vorstand stimmt die Durchführung der Vorhaben in der wissenschaftlichen Einrichtung ab und erstellt einen Arbeits- sowie einen Kosten- und Finanzierungsplan für die Vorhaben, soweit dies aus Gründen des wirtschaftlichen Einsatzes der zur Verfügung stehenden personellen, sächlichen und finanziellen Mittel geboten ist. Er entscheidet über die Verwaltung der Ausstattungsgegenstände, insbesondere der Arbeitsräume, Werkstätten, Geräte und Sammlungen, und über die Verwendung der Planstellen, anderen Stellen, Ausgabemittel für Personal sowie der Sachmittel, die der wissenschaftlichen Einrichtung zugeordnet oder zugewiesen sind. Der Vorstand beschließt über Vorschläge zur Einstellung und Entlassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und leitet die Vorschläge der Leitung der Hochschule zu. Der Vorstand trägt für die Beachtung der Bestimmungen über Arbeitssicherheit und Umweltschutz Sorge, soweit nicht die Zuständigkeit einer anderen Stelle begründet ist.

(7) Die näheren Bestimmungen, insbesondere über die Zusammensetzung des Vorstands, trifft eine vom Fakultätsrat zu erlassende Ordnung.

## **2. An-Institute**

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig kann auf Antrag der Fakultät mit Zustimmung des Präsidiums eine wissenschaftliche Einrichtung außerhalb der Hochschule als Institut an der Technischen Universität Braunschweig (An-Institut) befristet anerkennen, wenn diese Einrichtung wissenschaftlichen Einrichtungen der Hochschule gleichwertig ist und die Wahrnehmung der Aufgaben der Technischen Universität Braunschweig fördert.

## **3. Betriebseinheiten**

Soweit und solange im größeren Umfang Personal und Sachmittel für bestimmte Dienstleistungen ständig bereitgestellt werden müssen, kann der Senat nach Anhörung der Fakultät und der betroffenen wissenschaftlichen Einrichtungen Betriebseinheiten (Laboratorien, Werkstätten, Großgeräte, Sammlungen und ähnliche Dienstleistungseinrichtungen) bilden, deren Leitung unter Aufsicht der Fakultät steht. Die Leitung ist Vorgesetzte des zu der Betriebseinheit gehörenden Personals, sofern der Senat dies beschließt. Sie wird auf Vorschlag der Fakultät vom Präsidenten bestellt.

## **4. Arbeitsgruppen**

Der Fakultätsrat kann Arbeitsgruppen von Mitgliedern und Angehörigen einer Fakultät einsetzen. Er regelt ihre Aufgabenstellung und Organisation in sinngemäßer Anwendung der Ziff. 1 Abs. 3 bis 8 durch eine Ordnung. Für fakultätsübergreifende Arbeitsgruppen tritt an die Stelle des Fakultätsrats der Senat.

## **5. Zentrale Einrichtungen**

- (1) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, die der gesamten Hochschule dienen, sind als zentrale Einrichtungen zu errichten und zu verwalten. Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, die mehreren Fakultäten dienen, können als zentrale Einrichtungen errichtet werden.
- (2) Der Senat erlässt Ordnungen zur Regelung der Aufgaben, der Organisation und der Benutzung der zentralen Einrichtungen. Die Ziff. 1 und 3 sind entsprechend anzuwenden; an die Stelle des Fakultätsrats tritt der Senat.
- (3) Die Technische Universität Braunschweig kann mit anderen Hochschulen gemeinsame zentrale Einrichtungen errichten, ändern oder auflösen. Die Einrichtung kann einer Hochschule oder einem gemeinsamen Ausschuss der Hochschulen zugeordnet werden.

## **6. Zentren, Schwerpunkte, Graduiertenkollegs**

- (1) Die Technische Universität Braunschweig kann Zentren, Forschungsschwerpunkte und Graduiertenkollegs bilden, die fakultätsübergreifende und interdisziplinäre Aufgaben in Forschung und Lehre, Studium und Weiterbildung, insbesondere zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder zur Förderung der Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen oder mit der beruflichen Praxis, wahrnehmen.
- (2) Das Nähere regelt eine vom Senat zu beschließende Ordnung.



## **7. Rechenzentrum**

- (1) Alle Datenverarbeitungsanlagen und Datenkommunikationsnetze innerhalb der Technischen Universität Braunschweig werden dem Rechenzentrum zugeordnet. Diesem obliegen folgende Aufgaben:
1. der Betrieb der Datenverarbeitungsanlagen und des Datenkommunikationsnetzes zur Erfüllung von Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Studium sowie zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben,
  2. die Beratung und Unterstützung für die Nutzung der Datenverarbeitungsanlagen, des Datenkommunikationsnetzes und der Rechnerprogramme,
  3. die Betreuung aller der Hochschule verfügbaren Datenverarbeitungskapazitäten und Datenkommunikationsnetze sowie die betriebsfachliche Aufsicht über alle Datenverarbeitungsanlagen der Technischen Universität Braunschweig,
  4. die Koordination der Beschaffung und Ergänzung von Datenverarbeitungsanlagen, Datenkommunikationsnetzen und Rechnerprogrammen.
- (2) Das Präsidium kann bestimmen, dass
1. Datenverarbeitungsanlagen mit besonderer Aufgabenstellung weiteren Rechenzentren, wissenschaftlichen Einrichtungen oder Betriebseinheiten zugeordnet werden,
  2. Datenverarbeitungsanlagen bis zu einem bestimmten Anschaffungswert dem Rechenzentrum nicht eingegliedert werden.

Des Weiteren kann das Präsidium Aufgaben nach Absatz 1 Satz 2 auf Grund einer Vereinbarung mit anderen Hochschulen oder anderen außeruniversitären Einrichtungen auf ein Rechenzentrum übertragen, das von einer Stelle außerhalb der Technischen Universität Braunschweig unterhalten wird.

- (3) Die Leitung des Rechenzentrums wird vom Präsidium ernannt.

## **8. Einrichtungen für die Weiterbildung und für den allgemeinen Hochschulsport**

Als zentrale Einrichtungen sollen zur Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Absatz 3 und 4 HRG in Verbindung mit § 3 NHG Einrichtungen für die Weiterbildung und für den allgemeinen Hochschulsport errichtet werden; Ziff. 5 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.



## **Anlage 2 – Mitwirkungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung**

*(Diese Anlage enthält – in angepasster Form – die Regelungen der §§ 39, 41 NHG in der bis zum 30.09.2002 gültigen Fassung.)*

### **1. Allgemeine Grundsätze der Mitwirkung**

(1) Mitglieder des Präsidiums oder des Dekanats können nicht zu Mitgliedern des Senats oder eines Fakultätsrats gewählt werden. Wer einem Gremium kraft Amtes angehört, kann diesem Gremium nicht zugleich als gewähltes Mitglied angehören. Bei der Behandlung von Personalangelegenheiten, die der Mitbestimmung der Personalvertretung nach dem Personalvertretungsgesetz für das Land Niedersachsen unterliegen, wirken Mitglieder eines Gremiums, die Aufgaben der Personalvertretung an ihrer Hochschule wahrnehmen, nicht stimmberechtigt mit.

(2) Während der Amtszeit kann auf Antrag eine angemessene Entlastung von den übrigen Dienstaufgaben erfolgen. Nach Ablauf einer Amtszeit sind die Geschäfte bis zum Beginn einer neuen Amtszeit fortzuführen. Erlischt oder ruht das einer Wahl oder einer Funktionsübertragung zugrundeliegende Rechtsverhältnis, so erlöschen oder ruhen das Mandat und die Funktionsübertragung. Eine Abwahl ist unzulässig.

(3) Alle Mitglieder und Angehörige haben sich, unbeschadet weitergehender Verpflichtungen aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis, so zu verhalten, dass die Technische Universität Braunschweig und ihre Organe ihre Aufgaben erfüllen können und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an der Hochschule wahrzunehmen.

(4) Die Hochschulmitglieder dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Für die Mitglieder der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 4 NHG in den Kollegialorganen (Senat und Fakultätsräte) gelten die Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen über Arbeitszeitversäumnis sowie über den Schutz der Mitglieder der Personalvertretungen vor Versetzung, Abordnung, Umsetzung oder Kündigung entsprechend.

### **2. Rechtsstellung der Mitglieder von Gremien**

(1) Die Mitglieder eines Gremiums haben durch ihre Mitarbeit dazu beizutragen, dass das Gremium seine Aufgaben wirksam erfüllen kann. Sie sind bei der Ausübung ihres Stimmrechts an Weisungen und Aufträge der von ihnen vertretenen Gruppen nicht gebunden. An der Beratung und Entscheidung von Angelegenheiten nehmen sie nicht teil, wenn diese ihnen selbst, ihren Ehegatten, ihren Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade oder von ihnen kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen Personen einen besonderen persönlichen Vorteil oder Nachteil bringen können. Soweit Beschlüsse gefasst werden, die den Arbeitsbereich eines Gremienmitglieds unmittelbar betreffen, ist eine besondere Gewichtung seiner Stimme ausgeschlossen. Zur Vermeidung einer auf der Anwendung der Sätze 3 und 4 beruhenden Stimmengleichheit bestellt das Präsidium kommissarisch ein weiteres Mitglied der betreffenden Gruppe für dieses Gremium.

(2) Alle Mitglieder eines Gremiums haben das gleiche Stimmrecht. In Angelegenheiten, die die Bereiche der Forschung oder der Lehre unmittelbar berühren, haben die Mitglieder der MTV-Gruppe Stimmrecht, soweit sie entsprechende Funktionen in der Hochschule seit mindestens einem Jahr wahrgenommen haben; in Berufungsan-

gelegenheiten haben sie kein Stimmrecht. Im Streitfall entscheidet das Präsidium. Soweit Mitglieder der MTV-Gruppe nach den Sätzen 2 und 3 kein Stimmrecht haben, wirken sie beratend mit. In nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremien verfügen die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bei der Entscheidung in Angelegenheiten, die die Lehre mit Ausnahme der Bewertung der Lehre betreffen, mindestens über die Hälfte der Stimmen, in Angelegenheiten, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder die Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern unmittelbar betreffen, über die Mehrheit der Stimmen.

(3) Zu den Angelegenheiten, die die Bereiche der Forschung oder der Lehre unmittelbar berühren, gehören insbesondere

1. die Koordination von Forschungsvorhaben,
2. die Planung des Lehrangebots,
3. Vorschläge in Personalangelegenheiten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit Ausnahme von Berufsangelegenheiten,
4. die Beschlussfassung über Studien- und Prüfungsordnungen,
5. die Beurteilung der Qualifikation der sich um Stipendien bewerbenden Personen und der zu fördernden Vorhaben nach dem Graduiertenförderungsgesetz vom 17. November 1984 (Nds. GVBl. S. 257), in der jeweils geltenden Fassung.

Hängt das Stimmrecht des einem Gremium angehörenden Mitglieds der MTV-Gruppe davon ab, ob der zu behandelnde Gegenstand die Angelegenheiten der Forschung oder der Lehre unmittelbar berührt, so entscheidet über die Zugehörigkeit im Streitfall das Gremium durch Beschluss.

(4) Entscheidungen, die den Bereich der Forschung oder das Berufungsverfahren unmittelbar berühren, bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe. Kommt danach ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so genügt für eine Entscheidung die Mehrheit der Hochschullehrergruppe. Bei Berufungsvorschlägen ist die Mehrheit des Gremiums berechtigt, ihren Vorschlag als weiteren Berufungsvorschlag vorzulegen. Daneben ist jedes Mitglied berechtigt, einen Minderheitenvorschlag vorzulegen. Bestehen Zweifel darüber, ob eine Entscheidung den Bereich der Forschung oder das Berufungsverfahren unmittelbar berührt, so entscheidet das Gremium durch Beschluss.

(5) Wer einem Gremium mit beratender Stimme angehört, hat mit Ausnahme des Stimmrechts alle Rechte eines Mitglieds.

## **Anlage 3 - Beschlüsse**

*(Diese Anlage enthält – in angepasster Form – die Regelungen des § 85 NHG in der bis zum 30.09.2002 gültigen Fassung.)*

(1) Gremien sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Sitzungsleitung stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest. Das Gremium gilt sodann, auch wenn sich die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, als beschlussfähig, solange nicht ein Mitglied Beschlussunfähigkeit geltend macht; dieses Mitglied zählt bei der Feststellung, ob das Gremium noch beschlussfähig ist, zu den anwesenden Mitgliedern. Die Angehörigen der MTV-Gruppe gelten als stimmberechtigte Mitglieder im Sinne der Sätze 1 bis 3.

(2) Stellt die Sitzungsleitung eines Gremiums dessen Beschlussunfähigkeit fest, so beruft sie zur Behandlung der nicht erledigten Tagesordnungspunkte eine zweite Sitzung ein. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig; hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.

(3) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, soweit durch das NHG oder die Grundordnung nichts anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Ein Beschluss kommt nicht zustande, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder eine ungültige Stimme abgegeben oder sich der Stimme enthalten hat. Auf Antrag ist das Votum einer Minderheit dem Beschluss beizufügen.

(4) Zu Beschlüssen über die Errichtung, Änderung, Zusammenlegung und Aufhebung von Fakultäten, wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten ist die Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des zuständigen Gremiums erforderlich.

(5) Wird die Wahl eines Gremiums oder einzelner Mitglieder von Gremien für ungültig erklärt oder ändert sich die Zusammensetzung auf Grund einer Nachwahl, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der vorher gefassten Beschlüsse und vorgenommenen Amtshandlungen dieser Gremien.



## **Anlage 4 – Gemeinsame Fakultät**

*(Diese Anlage enthält – in angepasster Form – die Regelungen des § 109 NHG in der bis zum 30.09.2002 gültigen Fassung.)*

- (1) Für Fakultäten mit Studiengängen, deren Studienleistungen zu wesentlichen Teilen aufeinander bezogen sind, beschließt das Präsidium nach Stellungnahme des Senats die Bildung einer Gemeinsamen Fakultät, sofern dies zur sachgerechten Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 4 erforderlich ist.
- (2) Die Vertreterinnen und die Vertreter der Hochschullehrergruppe, der Studierendengruppe, der Mitarbeitergruppe sowie der MTV-Gruppe in den beteiligten Fakultätsräten bilden jeweils eine gemeinsame Versammlung und wählen ihre Mitglieder in die Gemeinsame Fakultät. Die Dekaninnen und Dekane der beteiligten Fakultäten sind Mitglieder der Gemeinsamen Fakultät mit beratender Stimme.
- (3) Für den Vorsitz und die Stellvertretung gelten die Vorschriften für die Leitung der Fakultäten entsprechend.
- (4) Die Gemeinsame Fakultät beschließt an Stelle der beteiligten Fakultätsräte über
  1. die Durchführung der Habilitationen nach Maßgabe der Habilitationsordnung,
  2. die Promotionsordnungen und die Durchführung der Promotionen,
  3. die Berufungsvorschläge und die Bildung von Berufungskommissionen,
  4. die Anträge auf Verleihung des Titels „Außerplanmäßige Professorin“ oder „Außerplanmäßiger Professor“,
  5. die Anträge auf Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor.

